

KONRAD LITSCHKO ÜBER DEN ENTARTEN V-MANN IM NSU-KOMPLEX

Ein gescheitertes System

Wenn man denkt, das Zeugnis für den Verfassungsschutz im NSU-Komplex könnte miserabler nicht ausfallen, dann geht es doch noch ärger. Diesmal also Roland Sokol. Der jüngst verstorbene Vollblut-Neonazi gehörte mehr als zwanzig Jahre den extremsten und gewaltbereitesten Spektren der rechten Szene an, den Hammerskins und Blood & Honour. Und, wie jetzt bekannt ist: Er berichtete aus diesem Innenleben auch dem Verfassungsschutz.

Mehr noch. Als der NSU aufflog, landete die einzige Bekenner-DVD, die, so weit bekannt, an einen rechten extremen Empfänger ging, ausgerechnet bei dem Szene-Versand, den Sokol gerade übernahm. Über die brisante Pose war der Dienst informiert und berichtete dem BKA – freilich ohne Verweis auf seine Quelle Sokol.

Nun bleiben Fragen offen, mal wieder. Wusste Sokol etwas über das NSU-Trio? Oder zumindest über Helfer der Untergetauchten? Immerhin gehörte Sokol genau zu dem Spektrum, das dem NSU Wohnungen oder gefälschte

Pässe vermittelte – „Blood & Honour“. Und er hielt offenbar über Jahre Kontakte zur rechten Szene in Chemnitz, wo das Trio zuerst Unterschlupf fand. Doch der Verfassungsschutz schweigt.

Und es ist nicht nur Sokol. Der Dienst hatte auch Quellen, die dem Trio wohl noch viel näher waren. Ein V-Mann aus Brandenburg berichtete, wer für das Trio Waffen beschaffe. Ein Spitzel bot nach eigener Auskunft an, die Untergetauchten zu beherbergen. Ein Dritter telefonierte sogar mit Uwe Böhnhardt, als dieser schon im Untergrund war. Dazu kamen immer wieder Tipps, wo sich das Trio aufhalte: im Raum Chemnitz. Und wer es unterstützte: das Blood&Honour-Netzwerk.

Der Verfassungsschutz machte daraus: nichts. Der NSU blieb über Jahre unentdeckt und mordete, zehnfach. Obwohl, wie jetzt wieder deutlich wird, es an Informanten nicht mangelte. Diese aber gaben ihr Wissen nicht weiter – oder das Amt wertete es nicht. Beides beweist: Das V-Leute-System ist gescheitert.

Inland SEITE 7

REINER WANDLER ÜBER DAS WAHLERGEBNIS IN PORTUGAL

Schwierige Mehrheiten

Das Ergebnis der Parlamentswahlen am vergangenen Sonntag ist ideal für völlig entgegengesetzte Interpretationen. Ein Sieg für die rechten Autoren der Sparpolitik, jubeln die einen. Eine Sieg der Linken in Portugal, die anderen.

Nur regieren lässt sich weder von rechts – dafür fehlt die absolute Mehrheit – noch von links. Denn dort will nicht zusammengehen, was rechnerisch zusammengehört. Lehnen der Block der Linken und das orthodox-kommunistisch/grüne Wahlbündnis CDU die Sparpolitik runderum ab. Und die Sozialisten wollen eine moderate Auslegung der Austerität.

Es kann also auf eine Große Koalition der Konservativen mit den Sozialisten hinauslaufen – zumindest bei den wichtigen, von Berlin und der Troika diktierten Themen. Weiteres Sparen, weitere Privatisierungen und weitere Aufweichung des Arbeitsrechtes stehen auf deren Plan.

Doch trotz des Jubels der Lehrmeister aus Berlin und Brüssel gibt es Hoff-

nung für diejenigen, die eine andere europäische Politik anstreben. In Griechenland regiert mit Syriza eine Partei, die einen europäischen Politikwechsel will. In Irland könnte dies Sinn Fein Anfang kommenden Jahres nachmachen. Und in Spanien stehen am 20. Dezember ebenfalls Wahlen an. Ein Sieg der jungen Antiausteritätspartei Podemos ist derzeit nicht wahrscheinlich, doch stark genug, um Druck auszuüben, wird sie sein.

Ähnlich wie in Portugal wird ein Durchregieren damit auch in Spanien nicht mehr so einfach werden. Und die Sozialisten, ob in Portugal oder in Spanien, werden mit Bedacht vorgehen, wenn es um weitere Sparauflagen geht. Eine Große Koalition oder punktuelle Unterstützung der Rechten könnte die noch verbleibende Wählerschaft endgültig enttäuschen. Die sozialdemokratische Pasok hat in Griechenland gerade vorgemacht, wie das gehen kann. Der Wechsel kommt langsamer als gedacht, aber aufzuhalten ist er wohl kaum.

Ausland SEITE 11

Für die einen ist es ein Sieg der Sparpolitik, für andere ist es einer der Linken

TIMO REUTER ÜBER DIE WACHSENDE ZAHL DER WOHNUNGSLOSEN

Refugees, danke!

Der Platz am Rande der Gesellschaft wird nicht größer – aber immer mehr Menschen drängen sich dort. In Deutschland steigt die Zahl der Wohnungslosen seit vielen Jahren. Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungssonenhilfe (BAGW) waren vergangenes Jahr rund 335.000 Menschen ohne Wohnung, ein Anstieg um 18 Prozent seit 2012. Dazu kommen Hunderttausende Flüchtlinge in die Bundesrepublik. Auch sie brauchen eine Wohnung.

Das verschärft die bereits bestehende Konkurrenz um preiswerten Wohnraum. Doch dafür können die Flüchtlinge nichts. Sie machen lediglich auf bereits bestehende Missstände aufmerksam, die die Politik jahrelang erfolgreich verdrängt hat.

Das sind zunächst die Folgen einer verfehlten Wohnungspolitik. Gab es kurz vor der Wiedervereinigung noch vier Millionen Sozialwohnungen, sind es inzwischen weniger als 1,5 Millionen. Jahrzehntlang glaubte die Politik, am Markt würden schon genügend günstige Wohnungen nach un-

ten durchsickern. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade in Ballungszentren werden Luxuswohnungen gebaut, Büros stehen leer, die Mieten steigen, billiger Wohnraum hingegen ist knapp.

Neben der Wohnungsnot macht die BAGW vor allem die „zunehmende Armut“ für den massiven Anstieg der Wohnungslosigkeit verantwortlich. In Deutschland gab es im letzten Jahr 12,5 Millionen Arme – ein vorläufiger Höchststand. Dies ist auch die Folge einer verfehlten Steuerpolitik sowie der rot-grünen Arbeitsmarktreform, die dazu geführt hat, dass immer mehr Menschen prekär beschäftigt sind – und sich so kaum eine Wohnung leisten können.

Dass all das nun noch offener zutage tritt, hat auch mit der hohen Zahl von Geflüchteten zu tun. Dafür sollten wir ihnen danken. Denn so gibt es nicht nur die Chance, auf Missstände hinzuweisen, sondern auch die, bestehende Fehler zu korrigieren. Und davon profitiert am Ende die gesamte Gesellschaft.

Inland SEITE 7



Tödliche Einmischung

JEMEN Der Konflikt im Land hat sich mit der Intervention Saudi-Arabiens zu einer regionalen Auseinandersetzung entwickelt. Mit katastrophalen Folgen

Die Ereignisse im Jemen spitzten sich zu. Unter der Führung Saudi-Arabiens fliegt eine Koalition arabischer Staaten heftige Luftangriffe, während eine Offensive mit Bodentruppen eingeleitet wurde. Erklärtes Ziel ist die Wiedereinsetzung des umstrittenen Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi.

Ende September kehrte dieser aus seinem saudi-arabischen Exil zurück, wiewohl vorerst nur in die Hafenstadt Aden im Süden des Landes. Vor einem halben Jahr floh Hadi, nachdem im Januar die Huthis, eine Rebellenorganisation aus dem Norden Jemens, zuvor die Hauptstadt Sanaa und weite Teile des Landes eroberten.

Seit Anfang des Jahres lässt Saudi-Arabien die Huthis aus der Luft bombardieren und errichtete zudem eine Seeblockade. Jemen wurde weitestgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Neben Waffen werden auch Lebensmittel und Medizin kaum ins Land gelassen, was eine drastische Verschärfung der humanitären Situation bewirkt.

Vorwurf Kriegsverbrechen

Die Intensität der Luftschläge, die sich auch gegen Wohngebiete richten, nahm in den vergangenen Wochen zu. Erhebliche zivile Opfer waren die Folge. Schätzungen gehen insgesamt von mehr als 4.500 Toten seit März aus. Der Vorwurf von Kriegsverbrechen steht im Raum.

Saudi-arabische Waffenlieferungen an Gruppierungen und Stämme im Süden Jemens, die den Huthis feindlich gesonnen sind, führten dazu, dass diese wichtige Gebiete verloren. Im August schickte Saudi-Arabien auch Bodentruppen, die sich derzeit rund einhundert Kilometer östlich der Hauptstadt Sanaa konzentrieren. Eine Bodenoffensive gegen Sanaa wäre der nächste Schritt.

Auf den ersten Blick scheint der Konflikt im Jemen ein weiterer Schauplatz des regionalen Ringens zwischen Iran und Saudi-Arabien zu sein. Als Zeitiditen gehören die Huthis einer schiitischen Konfession des Islam an. Iran begreift sich als Vormacht aller Schiiten, und in Teheran tönte gar ein Parlamentsabgeordneter, mit Sanaa würde Iran nach Bagdad, Beirut und Damaskus nunmehr die vierte arabische Hauptstadt kontrollieren. Entsprechend bekämpfte Saudi-Arabien die Huthis, um den iranischen Einfluss auf der Arabischen Halbinsel zurückzudrängen.

Tatsächlich ist der Konflikt jedoch komplexer. Eine Reduzierung auf die Formel iranisch-unterstützte

Huthi-Rebellen gegen saudisch-unterstützten Präsidenten wird der Sache nicht gerecht. So schwelt der jemenitische Konflikt bereits seit einigen Jahren – primär als lokale Auseinandersetzung.

Rückblick: Bis zu dessen Abdankung 2012 unterstützte Saudi-Arabien über zwanzig Jahre Hadis Vorgänger im Präsidentenam, Ali Abdullah Salih. Dieser regierte Jemen seit der Wiedervereinigung 1990 und stand zuvor bereits zwölf Jahre an der Spitze Nordjemens. Trotz demokratischer Ansätze war Salih's Herrschaft gekennzeichnet von einem eingeschränktem Machtmonopol, Klientelismus, Korruption und wiederholten Unruhen. Dass Salih Zaidit ist, schien für Riad kein größeres Problem zu sein.

Reformen blieben aus

2011 keimte, befördert durch die Aufstände in anderen Teilen der arabischen Welt, Protest gegen Salih auf. Auf Vermittlung des Golf-Kooperationsrats stimmte Salih schließlich einer Übergabe der Macht an seinen bisherigen Stellvertreter Hadi zu.

Mit Salih's Rücktritt erfolgte ein Wechsel an der Spitze des Systems. Politische und wirtschaftliche Reformen blieben jedoch aus. In der Folge verschärfte sich die bereits katastrophale wirtschaftliche Situation. Politische Machtkämpfe, die auch über die Einbindung von Stämmen ausgetragen wurden, eskalierten.

Die Huthis machten sich diese Gemengelage zunutze. Teils, um ein Vordringen von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel zu unterbinden, teils, um ihre eigene Agenda durchzusetzen.

Wie im Irak und Syrien zahlt auch im Jemen die Bevölkerung den Preis für den Konflikt

David Ramin Jalilvand

arbeitet für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Im Referat Naher/Mittlerer Osten und

Nordafrika befasst er sich insbesondere mit Fragen von Außen- und Energiepolitik.



Foto: Wiebke Ewering

begannen sie eine Offensive. Unterstützt wurden sie hierbei vom Ex-Präsidenten Salih und dessen Anhängern.

Im September 2014 nahmen die Huthis Sanaa ein und drangen bis Anfang 2015 in den Süden vor. Die Opposition zu den Huthis – Anhänger des Präsidenten Hadi, die Islah-Partei, eine Vielzahl sunnitischer Stämme sowie der Al-Qaida-Ableger auf der Arabischen Halbinsel – zeigte sich gespalten.

Bis zu diesem Zeitpunkt, Anfang 2015, hatte der Konflikt primär einen lokalen Charakter. Zwar erhielten Huthi-Einheiten militärische Ausbildung sowie im beschränkten Umfang Waffen und finanzielle Unterstützung aus Iran. Die Huthis wurden jedoch nicht von Teheran kontrolliert. Im Gegenteil soll Iran US-amerikanischen Sicherheitskreisen zufolge den Huthis 2014 sogar davon abgeraten haben, in Sanaa einzumarschieren.

Seine dezidiert regionale Dimension erhielt der jemenitische Konflikt daher erst durch die von Riad angeführte Intervention. Die finanzielle und militärische Überlegenheit der saudi-arabischen Koalition, die insbesondere auch auf westliche Rüstungslieferungen zurückzuführen werden kann, ist unbestritten. Huthis, Salih-Anhänger und alle Stämme, die sich vor dem fürchten, was nach einem Sturz der Huthis kommen könnte, werden praktisch in die Hände Teherans getrieben.

Irans Einfluss nimmt eher zu

Iran wiederum zeigt sich vergleichsweise zurückhaltend. Eine umfassende Unterstützung der Huthis erfolgte auch nach der saudi-arabischen Intervention nicht. Teheran scheint offenbar keine Einwände dagegen zu haben, Saudi-Arabien tiefer in die komplexen Verstrickungen des jemenitischen Konflikts verwickeln zu lassen und dabei selbst am Rande zu bleiben.

Riad hingegen steht vor dem Trümmerhaufen der eignen Politik. Ein vollständiger Sieg gegen die Huthis scheint unwahrscheinlich. Irans Einfluss im Jemen nimmt eher zu als ab. Die saudi-arabische Armee scheint sich in einem langwierigen Guerilla-Konflikt zu verzetteln.

Den Preis für die Regionalisierung des Konflikts muss, wie in Irak und Syrien, die Zivilbevölkerung bezahlen. Für 25 Millionen Jemeniten heißt das: Die humanitäre Krise dürfte sich noch weiter verschärfen. Anlass für Hoffnung gibt es kaum.

DAVID RAMIN JALILVAND